

An die Ministerpräsidentin des Landes NRW,  
Frau Hannelore Kraft  
nachrichtlich an den NRW-Finanzminister,  
Herrn Dr. Norbert Walter-Borjans

**MBI-Beschwerde an Innenminister Jäger vom 28.7.11 „Finanzierung des  
„Perspektivkonzepts Fußball“ der Stadt Mülheim über geplante  
Grundstückserlöse trotz Nothaushalts, Aufforderung zur Überprüfung und  
zum unverzüglichen Eingreifen“**

Sehr geehrte Frau Kraft,  
wie Sie der Anlage unten entnehmen können, haben die MBI nach der letzten  
Ratssitzung Ihrer Heimatstadt Mülheim am 21.7.11 Herrn Innenminister Jäger als  
oberste Kommunalaufsicht des Landes NRW um Überprüfung und unverzügliches  
Eingreifen ersucht, um die Nothaushaltskommune Mülheim davor zu bewahren, mit der  
Umsetzung des im Rat im Juli mehrheitlich beschlossenen „Perspektivkonzepts  
Fußball“ unabhängig vom noch aufzustellenden Etat 2012 zu beginnen, indem bereits  
im Vorgriff ein Gewerbegrundstück der Firma ..... in Heißen für ..... Mio. € von der  
Stadt gekauft wird. Die Finanzierung des für 13,1 Mio. € geplanten Sportplatzneubaus  
dort soll zum Hauptteil über den Verkauf von 4 bisherigen Sportstätten getätigt werden,  
was dem Innenministererlass widerspricht, dass bei Nothaushalt Verkaufserlöse in den  
Gesamthaushalt fließen müssen. Außerdem hatten wir den für Kommunen zuständigen  
Innenminister um Aufklärung gebeten, ob der Stadtrat eine Entscheidung der  
zuständigen Bezirksvertretung ignorieren darf, wie beim o.g. Beschluss geschehen, wenn  
die Empfehlung dieses unabhängig vom Stadtrat gewählten Gremiums vorgeschrieben  
ist.

Weil der Mülheimer Kämmerer auf unsere Bedenken hin in der Ratssitzung behauptete,  
die gesamte bedenkliche Finanzierung des „Perspektivkonzepts Fußball“ sei mit der  
unteren Kommunalaufsicht des RP abgesprochen und diese habe Zustimmung  
signalisiert, haben wir uns an die oberste Aufsicht, den Innenminister, gewandt. Weil  
mit dem drohenden, sofortigen Grundstücksankauf Fakten geschaffen werden könnten,  
haben wir den Innenminister aufgefordert, dies zu untersagen, zumindest bis die  
anderen grundsätzlichen und schweren Bedenken zur Zulässigkeit des Projekts  
ausgeräumt werden könnten, falls überhaupt möglich.

Logischerweise hatten wir unsere Beschwerde nicht an den RP gerichtet. Unabhängig  
davon, dass die Finanzaufsicht des RP anscheinend eine bedenkliche Zusage erteilt hat,  
wurde unser Vertrauen in die Aufsicht dieser Mittelbehörde zuletzt stark erschüttert,  
weil sie nicht nur untätig blieb, als die Verabschiedung des Mülheimer Etats 2010  
immer weiter in das Jahr 2010 verschoben wurde, sondern dann auch noch bei der  
nachträglichen Feststellung des Nothaushalts 2010 erst Ende März 2011(!) sich auch  
noch zu der bedenklichen Einschätzung verstieg, die Stadt Mülheim wäre dennoch  
haushaltsmäßig auf einem guten Weg. Nun erhielten wir eine kurze Antwort aus dem  
Hause Jäger. Dort steht „zuständigkeitshalber an die Bezirksregierung übersandt“. Keine  
Begründung, keine Erläuterung, nichts.

b.w.

**Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,**

sie werden verstehen, dass wir uns durch diese Antwort nicht ernst genommen fühlen. Als Mülheimer Bürgerin wissen Sie um die riesengroßen Probleme, in die unsere Stadt hinein geraten ist. Man darf aber nicht mehr weiter so tun, als gäbe es das alles nicht und man könne fast genauso weitermachen wie bisher. Die finanzielle Notlage unserer Stadt ist leider noch viel struktureller, als das Riesenhaushaltsloch von über 100 Mio. € nur in 2010 und die 2010 benötigten 550 Mio. € Kassenkredite bereits in hochdramatischer Weise belegen. Die jahrelangen Umwegfinanzierungen aller großen Investitionen und dafür die Vielzahl an PPP- bzw. PPP-ähnlichen Projekten haben den Entscheidungsspielraum der Stadt Mülheim zusätzlich erheblich reduziert und das z.T. auf Jahrzehnte. Zweifelsohne wird die schwierige Lage durch neue windig finanzierte Projekte wie das Sportplatzprojekt für Heißen erst recht unlösbar.

Der o.g. Innenministererlass stammt noch von Ihrer Vorgängerregierung, die viel zu lange die existenzielle Notlage der Städte ignorierte. Selbst dieser Innenministererlass mit seiner zur Gesundung von Kommunalfinzen eigentlich selbstverständlichen o.g. Regelung kam um Jahre zu spät und gilt auch nur für Nothaushaltskommunen.

Wir können uns nicht vorstellen, dass Ihre Regierung diesen Innenministererlass und seine Vorgaben abschaffen will. Das Land NRW muss schließlich und letztendlich für alle seine Kommunen haften, weshalb das Land bereits aus Eigeninteresse darauf achten müsste, dass Kommunen in großer finanzieller Notlage nicht mehr alles irgendwie dennoch machen dürfen, was sie nicht mehr finanzieren können. Daher müssen Sie und Ihre Regierung u.E. auch auf die Einhaltung der Mindestregeln wie in dem o.g. Innenministererlass pochen.

**Sehr geehrte Frau Kraft,**

wir bitten Sie, mit Ihrem Innenminister noch einmal zu reden, damit er bzw. seine Behörde uns wenigstens dezidiert darlegt, welche Linie denn in seinem Ministerium bzgl. der Nothaushaltskommunen wirklich gefahren wird. Ferner wollen wir und viele betroffene Mülheimer Bürger etwa aus Vereinen und den Styrumer Schulen möglichst bald erfahren, ob der Innenminister die Umsetzung des „Perspektivkonzepts Fußball“ zulässt oder nicht.

Die MBI sind nicht nur die drittstärkste Fraktion im Mülheimer Rat, wir haben uns auch im letzten Jahr sehr zeitintensiv mit dem desaströsen Mülheimer Haushalt befasst. So wie viele Mülheimer Mitbürger/innen auch sind wir in tiefer Sorge um die Zukunft unserer Stadt. Wenn wir dann auf Nachfragen oder Beschwerden, weil selbst eindeutige Vorgaben aus Düsseldorf recht lax gehandhabt werden, von den Aufsichtsbehörden nicht einmal ernst genommen werden, so stimmt uns das traurig.

„Natürlich“ könnten wir in Zukunft unsere Beschwerden über Gesetzesverstöße o.ä. auch an die Kieselsteine im Baldeneysee richten, doch soweit wollen auch Sie es sicher nicht kommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen trotz der sicherlich erkennbaren Verärgerung  
und mit der Bitte um möglichst zeitnahe Beantwortung

i.A. der MBI-Fraktion: L. Reinhard, Fraktionssprecher

### Anlage

MBI-Beschwerdebrief vom 28.7.11 an den Innenminister des Landes NRW, Herrn Ralf Jäger, zu: *„Finanzierung des „Perspektivkonzepts Fußball“ der Stadt Mülheim über geplante Grundstückserlöse trotz Nothaushalts und Aufforderung zur Überprüfung und zum unverzüglichen Eingreifen“*, nachzulesen unter